

Mitglieder der Verwaltung:

<u>Name</u>	<u>Funktion</u>	<u>Anwesenheit</u>
Herr Zenner	Bürgermeister Geschäftsbereich I	zu allen TOP
Herr Sárközy	Bürgermeister Geschäftsbereich II	zu allen TOP
Frau Göbel	Fachbedienstete für das Finanzwesen	zu allen TOP
Herr Brückner	Leiter des Büro Oberbürgermeister	zu allen TOP
Herr Uebel	Leiter Rechnungsprüfungsamt	zu allen TOP
Herr Sorger	Wirtschaftsförderer der Stadt Plauen	Zu allen TOP
Frau Myrczek	Gleichstellungsbeauftragte	zu allen TOP
Frau Seeling	Ausländer- und Behindertenbeauftragte	zu allen TOP
Frau Weck	Pressesprecherin der Stadt Plauen	zu allen TOP
Frau Ullmann	Leiterin Fachbereich Sicherheit und Ordnung	öffentlicher Teil
Herr vom Hagen	Leiter Eigenbetrieb GAV	öffentlicher Teil
Frau Wolf	Leiterin Fachbereich Bau und Umwelt	öffentlicher Teil
Herr Grasse	Leiter Fachbereich Zentrale Dienste	öffentlicher Teil
Frau Kramer	Controllerin	öffentlicher Teil
Frau Spranger	Controllerin	öffentlicher Teil
Frau Winkler	Leiterin FG Stadtplanung und Umwelt	öffentlicher Teil
Herr Kretzschmar	Leiter FG Statistik/Wahlen	zu TOP 3.2.

Weitere Sitzungsteilnehmer/Gäste:

von den Fraktionsgeschäftsstellen:

Frau Lorenz, CDU-Fraktion	zu allen TOP
Frau Pietschmann, Fraktion FDP/Initiative Plauen	zu allen TOP
Herr Dolata, SPD/Grüne-Fraktion	zu allen TOP
Vertreter des Seniorenbeirates	öffentlicher Teil
Vertreter der Presse	öffentlicher Teil

Tagesordnung – öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.1. Tagesordnung
 - 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 39. Sitzung des Stadtrates am 27.03.2018
 - 1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 40. Sitzung des Stadtrates am 24.04.2018
 - 1.4. Beantwortung von Anfragen
 - 1.5. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am 24.04.2018
 - 1.6. Informationen des Oberbürgermeisters
2. **Information**
 - 2.1. Tätigkeitsbericht der Ausländer- und Behindertenbeauftragten - Frau Seeling
 - 2.2. Überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Großen Kreisstadt Plauen in den Haushaltsjahren 2008 bis 2012 – ergänzender Prüfbericht (Finanzielle Unterstützung beim Bau des Landratsamtes)
Drucksachennummer: 779/2018
3. **Beschlussfassung**
 - 3.1. Entsendungswiderruf von Mitgliedern in den Aufsichtsrat des Vogtländischen Fußballclub Plauen e. V. (VFC Plauen e. V.)
Drucksachennummer: 800/2018
 - 3.2. Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen für das Amtsgericht Plauen und das Landgericht Zwickau für die Geschäftsjahre 2019-2023
Drucksachennummer: 791/2018

- 3.3. Ersatz des Eigenanteiles der Stadt Plauen durch den Eigentümer Annenstraße 41
Drucksachennummer: 784/2018
- 3.4. Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Verzicht auf Glyphosat
Reg. Nr. 264-18
- Stellungnahme der Verwaltung
4. **17:00 Uhr - Einwohnerfragestunde**
5. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. **Eröffnung der Sitzung**

Die 41. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen wird durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit von Oberbürgermeister Oberdorfer eröffnet und geleitet.

Mit Einverständnis des Stadtrates werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, und Stadtrat Klaus Gerber, SPD/Grüne-Fraktion, bestellt.

Oberbürgermeister Oberdorfer weist auf die aktualisierte Reihenfolge der Tagesordnungspunkte unter „3. Beschluss“ hin.

1.1. **Tagesordnung**

keine Änderungen

1.2. **Niederschrift über den öffentlichen Teil der 39. Sitzung des Stadtrates am 27.03.2018**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 39. Sitzung des Stadtrates am 27.03.2018 wird ohne Änderungen bestätigt.

1.3. **Niederschrift über den öffentlichen Teil der 40. Sitzung des Stadtrates am 24.04.2018**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 40. Sitzung des Stadtrates am 24.04.2018 wird ohne Änderungen bestätigt.

1.4. **Beantwortung von Anfragen**

keine offenen Anfragen

1.5. **Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am 24.04.2018**

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat die unbefristete Weiterbeschäftigung von Frau Anja Ullmann ab 01.07.2018 als Leiterin des Fachbereichs Sicherheit und Ordnung im Geschäftsbereich II beschlossen.

1.6. **Informationen des Oberbürgermeisters**

keine Informationen

2. Information

2.1. Tätigkeitsbericht der Ausländer- und Behindertenbeauftragten - Frau Seeling

Frau Heidi Seeling, Ausländer- und Behindertenbeauftragte der Stadt Plauen, trägt ihren Tätigkeitsbericht vor, welcher im Vorfeld den Mitgliedern des Stadtrates zur Kenntnis gegeben wurde und im Ratsinformationssystem „session“ beim Termin der heutigen Sitzung eingesehen werden kann.

U. a. stellt Frau Seeling die Zuarbeit der Stadt Plauen zum Integrationskonzept des Vogtlandkreises vor. Bei der Erstellung dieser Zuarbeit wurde sie vom Fachbereich Jugend/Soziales/Schulen/Sport sowie vom Fachbereich Sicherheit und Ordnung unterstützt.

Dieses Integrationskonzept soll im Herbst 2018 im Kreistag beschlossen werden.

Frau Seeling bedankt sich bei Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, Stadtrat Christian Erdmann, SPD/Grüne-Fraktion und Stadtrat Daniel Herold, Fraktion DIE LINKE. für ihr Engagement in der AG Behindertenhilfe.

Weiterhin informiert Frau Seeling, dass vom 21.06.2018 bis zum 13.07.2018 die Ausstellung „Behindern verhindern“ im Foyer des Rathauses zu sehen sein wird.

Von Rollstuhlfahrern aus Plauen wurde der Wunsch an Frau Seeling heran getragen, eventuell den Fahrdienst für Behinderte wieder einzuführen, welcher von 1997 bis 2004 durch die Stadt Plauen gefördert wurde. Mit einer Pauschale von 35 EUR wurde hierdurch eine besonders bedürftige Gruppe von Behinderten bei der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unterstützt.

Bezüglich der Förderung von Integration fragt Stadtrat Dieter Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, fragt nach, wie man es unterstützen könnte, dass von ausländischen Familien nicht nur 1 Kind (meistens der älteste Sohn) von mehreren Kindern in die Kita gegeben wird.

Weiterhin fragt Stadtrat Rappenhöner nach, ob auch ausländische Kinder mit Behinderung (z. B. traumatisierte Kinder) auch zu den Behinderten in der Stadt Plauen dazu zählen.

Stadtrat Rappenhöner führt aus, dass seine Frau Patin von mehreren jungen Migranten ist. Er fragt nach ob Frau Seeling etwas dazu beitragen kann, dass mehr solcher Patenschaften aufgebaut werden können, um auch hier die Integration zu fördern oder ob dies ausschließlich Aufgabe der Ausländerbehörde des Vogtlandkreises ist.

Frau Seeling wird die Anregungen und Fragen von Stadtrat Rappenhöner bezüglich Patenschaften und Betreuung von Geschwisterkindern in Kitas als Auftrag mitnehmen, um zu überlegen, wie diese Themen künftig geregelt und gemeinsam mit dem Vogtlandkreis umgesetzt werden könnten.

Frau Seeling führt weiter aus, dass die Anzeige von Behinderungen keine Pflicht ist, die Eltern aber das Recht haben sich an die Schwerbehindertenabteilung des Vogtlandkreises zu wenden.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., fragt nach, ob, bei der Schulnetzplanung der Stadt Plauen auch ausländische Kinder berücksichtigt werden, die bisher noch nicht in einer Kindertageseinrichtung der Stadt Plauen sind.

Frau Seeling teilt mit, dass es in Deutschland eine Schulpflicht gibt, die natürlich auch für Kinder von geflüchteten Familien gilt. Sie geht davon aus, dass die in Plauen gemeldeten Kinder auch zahlenmäßig in die Schulnetzplanung einfließen werden und in den Schulen auch aufgenommen werden.

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, hält es für den richtigen Weg, auf eine bessere Verteilung von ausländischen Kindern in Schulklassen zu achten, um Integration besser gewährleisten zu können.

Als besondere Belastung für Plauen sieht es Stadtrat Kämpf an, dass der Großteil der anerkannten Flüchtlinge des Vogtlandes sich in Plauen aufhalten. Dies konnte bisher gut geschultert werden, weil über die Wohnungsbaugesellschaft Plauen mbH kurzfristig Wohnungen bereitgestellt werden konnten.

Für Stadtrat Kämpf ist es nicht nachvollziehbar, dass andere vogtländische Städte diese Verantwortung nicht so wahrnehmen wie Plauen. Die Wohnsitzauflage sieht Stadtrat Kämpf als geeignetes Mittel für eine faire Verteilung. Dies sollte in die Verhandlungen mit dem Vogtlandkreis eingebracht werden.

Stadtrat Kämpf spricht an, dass es nach wie vor „Probleme mit dem Frauenbild in Einrichtungen“ gäbe. Dieses sei unakzeptabel. Er ermutigt Erzieher/innen und Lehrer/innen diese demokratischen Grundwerte einzufordern.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, weist darauf hin, dass die Ausländer- und Behindertenbeauftragte eine freiwillige Leistung der Stadt Plauen ist.

Stadtrat Weiß bittet um eine zahlenmäßige Aufteilung der von Frau Seeling benannten 20 % Anteil von Behinderten an der Gesamteinwohnerzahl von Plauen nach der Art der Behinderung.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet Frau Seeling darum, dies im Bildungs- und Sozialausschuss zu benennen.

**2.2. Überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Großen Kreisstadt Plauen in den Haushaltsjahren 2008 bis 2012 – ergänzender Prüfbericht (Finanzielle Unterstützung beim Bau des Landratsamtes)
*Drucksachenummer: 779/2018***

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Information:

Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt den ergänzenden Prüfungsbericht des staatlichen Rechnungsprüfungsamtes Zwickau zur überörtlichen Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Großen Kreisstadt Plauen in den Haushaltsjahren 2008 bis 2012 zum Thema „Finanzielle Unterstützung beim Bau des Landratsamtes“ vom 06.12.2017 sowie die dazugehörige Stellungnahme zur Kenntnis.

3. Beschlussfassung

**3.1. Entsendungswiderruf von Mitgliedern in den Aufsichtsrat des Vogtländischen Fußballclub Plauen e. V. (VFC Plauen e. V.)
*Drucksachenummer: 800/2018***

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert den Inhalt der Vorlage. Er weist u. a. darauf hin, dass keine Verpflichtung besteht, Nachbesetzungen für die ausgeschiedenen Mitglieder des Aufsichtsrates zu benennen.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, hat kein Problem damit, Stadträtin Kerstin Knabe von diesem Ehrenamt zu entbinden. Bei Bürgermeister Steffen Zenner ist er allerdings der Meinung, dass eine Mitgliedschaft im Aufsichtsrat des VFC Plauen zu seinen Aufgaben als Bürgermeister (u. a. für Sportaufgaben der Stadt) gehört.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, führt hierzu aus, dass Bürgermeister Zenner in seiner ehemaligen Funktion als Stadtrat und Fraktionsmitglied der CDU-Fraktion in diesen Aufsichtsrat entsandt wurde.

Herr Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, erklärt, dass sein Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat des VFC Plauen dadurch bedingt ist, dass er kein Fraktionsmitglied der CDU-Fraktion mehr ist. Außerdem gäbe es ein Befangenheitsproblem eines Bürgermeisters in diesem Aufsichtsrat. Er könnte sich aber gut vorstellen, einen Vertreter der Verwaltung als Mitglied in den Aufsichtsrat zu berufen.

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, begrüßt den Vorschlag von Bürgermeister Zenner.

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, seinen Vorschlag zur Bestellung von Frau Stadträtin Kerstin Knabe zum Mitglied des Aufsichtsrates des VFC Plauen e. V. zu widerrufen und dem Aufsichtsrat des VFC Plauen e. V. vorzuschlagen, deren Bestellung als Mitglied des Aufsichtsrates des VFC Plauen e. V. ebenfalls zu widerrufen.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 41/18-1

2. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, seinen Vorschlag zur Bestellung von Herrn Bürgermeister Steffen Zenner zum Mitglied des Aufsichtsrates des VFC Plauen e. V. zu widerrufen und dem Aufsichtsrat des VFC Plauen e. V. vorzuschlagen, dessen Bestellung als Mitglied des Aufsichtsrates des VFC Plauen e. V. ebenfalls zu widerrufen.

Abstimmungsergebnis: 28 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 41/18-2

3.2. Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen für das Amtsgericht Plauen und das Landgericht Zwickau für die Geschäftsjahre 2019-2023
Drucksachenummer: 791/2018

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt fest, dass sich Stadtrat Steffen Müller, CDU-Fraktion, für diesen Tagesordnungspunkt für befangen erklärt und im Gästebereich Platz genommen hat.

Herr Grasse, Fachbereichsleiter Zentrale Dienste, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Herr Grasse weist darauf hin, dass für die Aufnahme von Personen in die Vorschlagsliste die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder des Stadtrates, mindestens jedoch der Hälfte der gesetzlichen Zahl der Mitglieder (min. 21+1) erforderlich ist.

Auf Nachfrage von Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, teilt Herr Grasse mit, dass die Vorschlagsliste komplett mit allen 97 Bewerbern sowohl elektronisch als auch in Papierform für alle Mitglieder des Stadtrates ausgereicht wurde.

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, fragt nach, in wie weit die Ausreichung der Vorschlagsliste der neu in Kraft getretenen Datenschutzverordnung entspricht.

Oberbürgermeister Oberdorfer weist darauf hin, dass es genaue Vorgaben gibt, welche Daten in dieser Liste aufzuführen sind. Ob diese Liste schon dem entspricht, was von der EU als Datenschutz kommt, kann er zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen.

Herr Grasse ergänzt, dass im § 36 Gerichtsverfassungsgesetz vorgegeben ist, welche personenbezogenen Daten in der Vorschlagsliste enthalten sein müssen. Ob sich die neue Datenschutzgrundverordnung hierzu anders positioniert ist derzeit nicht bekannt.

Oberbürgermeister Oberdorfer schlägt eine offene Abstimmung über die vorliegende Liste vor. Er merkt an, dass der Beschluss einstimmig gefasst werden muss.

Dem wird seitens der Mitglieder des Stadtrates nicht widersprochen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, die in der Anlage aufgeführten Bewerber für ein Schöffenamtsamt am Amtsgericht Plauen bzw. Landgericht Zwickau gemäß Dritter Abschnitt Punkt 10 Schöffen- und Jugendschöffen VwV in die Vorschlagsliste der Stadt Plauen aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 41/18-3

3.3. Ersatz des Eigenanteiles der Stadt Plauen durch den Eigentümer Annenstraße 41
Drucksachenummer: 784/2018

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Übernahme des kommunalen Eigenanteiles in Höhe von 70 % durch den Eigentümer für die Bezuschussung des Vorhabens „Teil-Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen am Gebäude Annenstraße 41 in Plauen“.

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 41/18-4

3.4. Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Verzicht auf Glyphosat
Reg. Nr. 264-18
- Stellungnahme der Verwaltung

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Die Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Antrag ist für Stadtrat Jäger sehr sachlich und akzeptabel. Allerdings kann Stadtrat Jäger nicht tolerieren, dass Glyphosat auch auf Schulhöfen eingesetzt wird.

Frau Wolf, Leiterin Fachbereich Bau und Umwelt, erläutert die Stellungnahme der Verwaltung.

Sie führt u. a. aus, dass Glyphosat nicht großflächig versprüht wird, sondern auf die zu bekämpfenden Pflanzen aufgestrichen wird. Bei der Bekämpfung von z. B. Riesenbärenklau sei dies bisher das wirksamste Mittel. Mit der ISP ist die Stadtverwaltung derzeit in Verhandlungen. Hier wird versucht, mit Auslaufen des derzeitigen Pflegevertrages für Grünflächen auch Alternativen zur Unkrautbekämpfung zum Einsatz zu bringen. Dies wird allerdings eine Erhöhung der Kosten für den gesamten Pflegevertrag nach sich ziehen.

Frau Wolf führt abschließend aus, dass sicher auf Glyphosat verzichtet werden kann, wenn verträgliche Alternativen gefunden werden können, die auch kostenmäßig darstellbar sind und das eine gewisse Toleranz bezüglich der Pflege von Grünflächen gefunden werden sollte. D. h. man müsse lernen, auch mit einem gewissen Besatz von Wildkräutern zu leben. Einem Insektensterben (wie es in der Begründung zum o. g. Antrag aufgeführt wird) könne auch dadurch vorgebeugt werden, dass man z. B. in den eigenen Gärten die Rasenflächen nicht ständig mäht, sondern auch hier das Blühen von Wildkräutern zulässt.

Oberbürgermeister Oberdorfer ergänzt, dass die Verwaltung den Antrag unterstützt. Im vorberatenden Stadtbau- und Umweltausschuss wurde sich auf eine Korrektur des Antragstextes geeinigt, welche hier nun zur Abstimmung steht.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, bedankt sich ebenfalls für die sachliche Darstellung in der Stellungnahme der Verwaltung. Mit der nunmehr beantragten Erstellung eines entsprechenden Konzeptes bis zum 31.10.2018 geht die SPD/Grüne-Fraktion mit.

Auch Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, unterstützt den vorgelegten Kompromissvorschlag.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, bittet bei den Erwägungen zum vorgelegten Kompromissvorschlag der Verwaltung auch zu beachten, dass z. B. der Umgang mit dem Riesenbärenklau sehr gefährlich ist, Hier kommt es bei Berührung mit dem Pflanzensaft und durch Sonneneinstrahlung zu schwersten Verbrennungen, so dass die Gesundheit massiv gefährdet ist.

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, warnt davor, mit den betroffenen Landwirten über die Risiken bei Umgang mit Glyphosat zu sprechen. Glyphosat wird auch in der hiesigen Landwirtschaft benutzt. Dies sei notwendig, da seit langem mit dem Scheibenpflug gearbeitet wird, um Bodenerosion zu verhindern, welche bei tieferer Bodenbearbeitung passieren kann, welche notwendig wäre, um Felder von Unkraut zu befreien.

Stadtrat Eckardt führt weiter aus, dass beim Einkauf von größeren Mengen Glyphosat ein entsprechender Sachkundenachweis vorgelegt werden müsse.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., informiert, dass es zu diesem Thema eine große Gesprächsrunde mit der Fraktion und Landwirten aus der Umgebung gab. Es sei sicher, dass die Verwendung von Glyphosat weltweit verboten werden müsste. Man sollte aber als Kommune ein Zeichen setzen und auf die Verwendung von Glyphosat verzichten.

Stadtrat Rappenhöner führt aus, dass es auch Biobauern gibt, die schon immer ohne Glyphosat gearbeitet haben. Hier sollten sich die Landwirte untereinander beraten.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass den Pächtern von Grünflächen und Nutzflächen der Stadt Plauen keine Vorschriften gemacht werden können, die über die gesetzlichen Möglichkeiten hinausgehen. Aber die Verwaltung kann als Vorbild dafür werben, auf Glyphosat zu verzichten,

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beauftragt die Stadt Plauen bis zum 31.10.2018 ein Konzept zum Ausstieg der Anwendung von Glyphosat auf kommunalen Flächen zu erstellen.

Die im Antrag **Reg. Nr. 264-18** gestellten Punkte 2. und 3. sollen ebenfalls in dieses zu erstellende Konzept einfließen.

Abstimmungsergebnis: 28 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 5 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 41/18-5

4. 17:00 Uhr - Einwohnerfragestunde

Frau Dr. Ilona Gogsch, Altmarkt 7, 08523 Plauen

Frau Dr. Gogsch fragt nach, wann der defekte versenkbare Poller am Altmarkt repariert wird.

Oberbürgermeister Oberdorfer legt fest, dass Frau Dr. Gogsch hierüber von Herrn vom Hagen, Leiter Eigenbetrieb GAV, telefonisch zu informieren ist.

Gleichzeitig soll über die Pressestelle eine Presseerklärung heraus gegeben werden.

Herr Josef Teufel, Dr.-Friedrich-Wolf-Straße 25, 08527 Plauen

Herr Teufel fragt nach, ob die neu zu errichtende Gedenkstele anlässlich 80 Jahre Pogromnacht am geplanten Aufstellungsort im Innenhof des Landratsamtes auch an Wochenenden für Gäste oder Bürger zugänglich sein wird.

Oberbürgermeister Oberdorfer antwortet, dass der Aufstellungsort der Gedenkstele mit Beschluss des Stadtrates der Stadt Plauen festgelegt wurde. Er hält diesen Aufstellungsort aufgrund der Geschichte des Gebäudes und der Familie Tietz für bestens geeignet. Sollte der Fall eintreten, dass Gäste an den Wochenenden die Stele besuchen möchten, könnte dies eventuell mit dem Landrat besprochen und eine Lösung gefunden werden auch außerhalb der Öffnungszeiten einen Zugang zu gewähren.

Herr Teufel fragt nach, ob es eine Möglichkeit gibt, für ältere und körperlich beeinträchtigte Bürger die Verkaufsbuden anzupassen bzw. Sitzmöglichkeiten zu schaffen.

Frau Seeling, Ausländer- und Behindertenbeauftragte, antwortet, dass es zu diesen Fragen ein Antrag der CDU-Fraktion vorliegt, zu welchem sie eine unterstützende Stellungnahme verfasst hat.

Herr Teufel fragt nach ob ältere Bürger, die freiwillig ihren Führerschein abgeben, Gratisfahrkarten für Bus und Straßenbahn erhalten könnten.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass diese Möglichkeit nicht besteht, das freiwillige Abgeben des Führerscheines mit kostenlosen Fahrscheinen zu honorieren. Er schlägt vor, ein Anerkennungsschreiben zu formulieren, wenn ihm seitens der Zulassungsstelle mitgeteilt werden kann, wer den Führerschein freiwillig abgegeben hat.

Herr Ulrich Neef, Dr.-Theodor-Brugsch-Str. 48, 08529 Plauen

Herr Neef überreicht seine schriftlichen Anfragen an Oberbürgermeister Oberdorfer mit der Bitte um Beantwortung.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine Beantwortung zu.

5. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Stadtrat Klaus Gerber, SPD/Grüne-Fraktion, fragt nach, wann die Baumaßnahme an der Treppe der Unterführung Wielandstraße/Erich-Kästner-Straße beendet sein wird. Mit dieser Maßnahme wurde im Herbst 2017 begonnen.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, spricht die Hochwassersituation von letzter Woche an der Biomühle in Straßberg an.

Von der Geschäftsführerin der Mühle wurde vorgeschlagen, die Uferbefestigung des Rosenbaches (Gewässer 2. Ordnung – zuständig Stadtverwaltung) im Ortsbereich dringend zu erhöhen.

Weiterhin gäbe es ein kleines Wehr am ehemaligen Mühlgraben, welches demontiert und der Zufluss entfernt werden sollte. Dieses Wehr stünde allerdings unter Denkmalschutz.

Hier sollte sich die Stadtverwaltung Plauen mit darum bemühen, den Denkmalschutz aufzuheben, damit dieses Wehr abgebaut werden könnte.

Oberbürgermeister Oberdorfer antwortet, dass er u. a. gemeinsam mit dem Umweltminister Herrn Schmidt, Herrn Landrat Lenk, Herrn Zobel von der Landestalsperrenverwaltung sowie dem Ortsvorsteher Herrn Blechschmidt persönlich am Freitag vor Ort war.

Es sei besprochen worden, dass die Landestalsperrenverwaltung technische Untersuchungen an Ingenieurbüros in Auftrag gibt, wie man bei solchen Hochwassersituationen punktuell durch Investitionsmaßnahmen Vorsorge treffen kann.

Weiterhin soll über Verantwortlichkeiten, evtl. Fördermittelbereitstellung und Schadensausgleich gesprochen werden.

Gleichzeitig hat Oberbürgermeister Oberdorfer das Thema Denkmalschutz des Wehrs in der Verwaltung angesprochen. Seiner Auffassung nach geht in diesem Falle der Hochwasserschutz vor. Eine genaue Antwort kann aber erst nach den o. g. ingenieurtechnischen Untersuchungen gegeben werden. Das Landratsamt und die Staatsregierung seien sehr engagiert, diese Hochwassersituation im Vogtland konstruktiv gemeinsam mit der Stadtverwaltung bei der Schadensbeseitigung zu lösen.

Stadtrat Rappenhöner spricht die Grünflächen um das neue Autohaus an der Böhlerstraße an. Er fragt nach, ob an dieser markanten Stelle im Stadtgebiet der Wild-/Aufwuchs bestehen bleiben soll, oder ob es Festlegungen gibt, was auf den Grünstreifen zu passieren hat.

Stadtrat Rappenhöner informiert, dass der Mühlgraben hinter dem Weisbachschen Haus ein hohes Algenwachstum aufweist. Dies würde meist auf Verschmutzung hinweisen. Er fragt nach, ob die Verwaltung Kenntnis über den derzeitigen Zustand hat und eine Erklärung dafür hat.

Weiterhin fragt Stadtrat Rappenhöner nach, wann für die Gewässer 2. Ordnung eine aktuelle Gewässer-
güteuntersuchung im Stadtbau- und Umweltausschuss präsentiert wird.

**Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung zu. Er bittet aber um
Verständnis, dass diese Untersuchungen bzw. Präsentation im Ausschuss zu einem späteren
Zeitpunkt vorgelegt werden könnte.**

Stadtrat Rappenhöner fragt nach dem Ergebnis der Gespräche mit den Elternvertretern der Kita an der
Elsteraue bezüglich, Zufahrt zum Gelände, Lärm und Schadstoffe.

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, antwortet, dass bis jetzt mehrere Beratungen gemein-
sam mit den betroffenen Eltern gab. Die Auswertung wird am 30.05.2018 stattfinden. Es gibt einen
alternativen Vorschlag für die Zufahrt zur neu zu bauenden Kita, welcher wohl auch von den Eltern
befürwortet werden könnte. Im Stadtbau- und Umweltausschuss wird ebenfalls über das Ergebnis
informiert.

Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion FDP/Initiative Plauen, bedankt sich ausdrücklich bei den freiwilligen
Feuerwehren von Neundorf und Jöbnitz und allen freiwilligen Helfern, die zum letzten Hochwasser
auch im Ortsteil Possig geholfen haben. Sie schlägt vor, dass sich die Stadtverwaltung Plauen bei den
freiwilligen Feuerwehren für deren Einsatz bedanken kann.

Oberbürgermeister Oberdorfer führt aus, dass er dies bereits persönlich in Straßberg an dem o. g. Freitag
getan hat. Gleichzeitig hat er sich auch bei den Mitgliedern der Berufsfeuerwehr und der Stadtverwal-
tung bedankt.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass wohl das Vorwarnsystem nicht funktioniert hat, weil die
Wetterlage von Südosten her kam. Evtl. war hier die notwendige Vorwarnzeit nicht gegeben.

Oberbürgermeister Oberdorfer bedankt sich an dieser Stelle ebenfalls bei den ca. 30 freiwilligen
Helfern, welche am Donnerstagabend auf dem Gelände der Berufsfeuerwehr Plauen Sandsäcke mit
gefüllt haben.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, bedankt sich ebenfalls bei den o. g. Helfern.

In diesem Zusammenhang fragt Stadtrat Schmidt nach, ob die Anschaffung einer modernen Füllanlage
für Sandsäcke geplant sei. Bisher würde das Füllen der Sandsäcke sehr „vorsintflutartig“ von statten
gehen.

**Oberbürgermeister Oberdorfer wird diese Anfrage an Herrn Pöcker, Fachgebietsleiter
Brandschutz zur Beantwortung weiterleiten.**

Plauen, den

Plauen, den

Plauen, den

Plauen, den

Ralf Oberdorfer
Oberbürgermeister

Jörg Schmidt
Stadtrat

Klaus Gerber
Stadtrat

Peggy Glaß
Schriftführerin